

Sehr geehrter Herr BM Christ,  
sehr geehrte Gemeinderäte,

Wunsch und Wirklichkeit passen nicht immer zusammen.

Wir müssen der Realität aber ins Auge sehen.

Die Gemeindeordnung schreibt vor, dass der Ergebnishaushalt mindestens die „schwarze Null“ aufweisen muss. Das ist im kommenden Jahr leider nicht der Fall.

Bei allen Ausgaben und Investitionen muss grundsätzlich ein Ausgleich gefunden werden zwischen minimalen und maximalen Lösungen. Wir haben den Eindruck, dass es sich bei manchen Ausgaben bzw. Investitionen um eine maximale Lösung handelt und nicht um eine optimale. Manche harmlos klingenden Vorhaben entpuppen sich später als bürokratische Monster oder als Einfallstor für weitergehende Maßnahmen, an die zunächst niemand gedacht hatte oder denken wollte. Es handelt sich in manchen Fällen um eine sehr aufwendige Sanierung oder Investition. Die meisten Vorhaben sind teurer geworden als ursprünglich geplant.

Wir lehnen die Maßnahmen zur Flüchtlingsunterbringung ab, denn sie werden uns vom Land und Bund aufgezwungen. Andere Gemeinden klagen genauso darüber. Wir können und dürfen nicht alles abnicken, was uns von oben zugemutet wird.

Wir möchten sogar soweit gehen, die angekündigten Flüchtlingskontingente überhaupt abzulehnen, auch wenn uns dadurch Zwangsmaßnahmen drohen. Aber das müssen wir aushalten, denn als Gemeinderat können wir es mit unserer Verpflichtung zu wirtschaftlichem Handeln nicht vereinbaren, den jetzigen Zustand der nicht erfolgten Rückführung von Flüchtlingen indirekt zu legalisieren. Daher ist ein öffentlicher Protest die letzte Möglichkeit, um auf diese Unterlassung aufmerksam zu machen. Sie betrifft uns zwar nicht auf der Ebene der Gemeinde, hat aber Auswirkungen auf uns.

Zur finanziellen Seite des Haushalts:

- > Die Verschuldung des Kernhaushaltes steigt nach den Plänen der Verwaltung bis 2026 auf die beängstigende Höhe von 36 Mio €. Ausgaben und Investitionen in Höhe von 18 Mio € in diesem Jahr halten wir für zu hoch, sie müssen in Teilen abgespeckt werden.

Die Kreditaufnahme steigt in den beiden kommenden Jahren um jeweils 10 Mio €. Das ist um mehr als das Doppelte der letzten Jahre, die in 2022 mit 5 Mio € schon sehr hoch war und die Reserven der letzten Jahre komplett aufgezehrt hat. Der Investitionsstau muss daher akzeptiert werden, zumal eine Umsetzung Folgekosten auslöst. Die Kreditaufnahme sollte um maximal 50 % steigen und nicht

um 100 % wie vorgesehen. Auch das wäre schon das äußerste, was uns zumutbar erscheint.

Im Haushaltsentwurf hatten wir die folgenden Einsparmaßnahmen vorgeschlagen und halten sie auch weiterhin für notwendig, auch wenn sie nicht in den endgültigen Haushalt eingeflossen sind:

1. Die Verdolung des Läutersbachs wird um 1 Jahr verschoben,
2. Die Sanierung der Realschule ist in dem geplanten Umfang zu großzügig.
3. Die Ertüchtigung des Baubetriebshofes und die Erweiterung des Kindergartens Scheuern werden auf 2 – 3 Jahre gestreckt. Die Erweiterung des Kindergartens zieht Folgekosten in Form eines höheren Personalbedarfs nach sich.

Der gern gebrauchte Begriff der „Pflichtaufgabe“ im Zusammenhang mit den Erziehungsaufgaben und den Kita-Tagesplätzen ist sehr dehnbar und kann auch als Totschlagargument genutzt werden, um unliebsame Diskussionen zu unterbinden.

Ein weiterer Punkt ist problematisch und wir lehnen ihn ab:  
Auch außerhalb des Erziehungsbereiches steigt der Personalbedarf um 6 -8 Stellen.  
Auch hier muss der Grundsatz gelten, dass nicht alles, was wünschbar ist auch gemacht werden sollte.

Größere Einsparungen sind im vorgelegten Haushalt nicht erkennbar, wir werden ihm daher nicht zustimmen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Dr. Ernst-Dieter Voigt